

An
den Bürgermeister der Stadt Kamen
Herrn Hermann Hupe
Rathausplatz 1

59174 Kamen

Kamen, 4. Juni 2012

AUFHEBUNG DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN VEREINBARUNG ZWISCHEN DEM KREIS UNNA UND DEN STÄDTEN BERGKAMEN, KAMEN, LÜNEN, SELM, UNNA UND WERNE SOWIE DEN GEMEINDEN BÖNEN UND HOLZWICKEDE (KOMMUNEN) ÜBER DIE FORTFÜHRUNG EINER SCHULE FÜR ERZIEHUNGSHILFE

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kamen beantragt, den im Betreff genannten Antrag in die Tagesordnung des Schul- und Sportausschusses aufzunehmen, beraten sowie entscheiden zu lassen.

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Rat der Stadt Kamen beauftragt die Verwaltung,

1. die Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den Städten Bergkamen, Kamen, Lünen, Selm, Unna und Werne sowie den Gemeinden Bönen und Holzwickede (Kommunen) über die Fortführung einer Schule für Erziehungshilfe zu prüfen.
2. mit der Gemeinde Bönen im Zusammenhang mit der „öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen über den gemeinschaftlichen Betrieb einer Förderschule im Verbund – Förderschwerpunkte Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung – in Kamen“ in die Beratung über eine Neufassung dieser Vereinbarung mit dem Ziel einzutreten, dass künftig SchülerInnen mit den Förderschwerpunkten „Sprache“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ am Förderstandort in Kamen beschult werden.

BEGRÜNDUNG

Seit dem Schuljahr 1992/1993 betreibt der Kreis Unna als Träger eine Schule für Erziehungshilfe im Primarbereich, die seit dem Schuljahr 1996/1997 einen Stammschulbetrieb an zwei Standorten in Lünen und Unna aufgenommen hat. Im Jahr 2002 hat der Rat der Stadt Kamen einer Erweiterung der Schule um ein Angebot in der Sekundarschule I zugestimmt. Zu diesem Zweck wurde damals ein zehnjähriger Mietvertrag für ein Gebäude auf dem Gelände Grimberg III/IV in Bergkamen abgeschlossen.

Die damals veränderte öffentlich-rechtliche Vereinbarung konnte erstmals zum 31. Dezember 2011 gekündigt werden.

Im Zusammenhang mit den Entwicklungen im Förderschulbereich stellt die CDU-Fraktion die Sinnhaftigkeit dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung deutlich in Frage. Diese führt – vor dem Hintergrund zwischenzeitlicher schulpolitischer Veränderungen in NRW und in Kamen – zu einer Doppelfinanzierung von Schulstrukturen:

Aus dem Haushalt 2012 geht hervor, dass die Stadt Kamen aufgrund der differenzierten Kreisumlage einen Betrag von EUR 144.000,00 aufzuwenden hat, um SchülerInnen an der „Schule E“ des Kreises Unna betreuen zu lassen. Gleichzeitig hat der Rat der Stadt Kamen mit Beschlussfassung in 2005 die Kompetenzen der Käthe-Kollwitz-Schule um die Förderschwerpunkte „Sprache“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ erweitert.

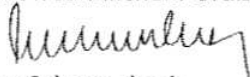
Obwohl wir als Stadt Kamen mit der Förderschule „Käthe-Kollwitz-Schule“ über eine hervorragende pädagogisch arbeitende Förderschule mit den Förderschwerpunkten „Sprache“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ verfügen und diese ebenfalls finanziell unterhalten und ausstatten, finanzieren wir gleichzeitig eine – aus heutiger Sicht – nicht mehr erforderliche Parallelstruktur.

Gemäß der Vereinbarung kann die ÖRV jährlich zum Jahresende, mit Wirkung zum darauffolgenden Schuljahresende schriftlich gekündigt werden. Der ausscheidende Vertragspartner ist verpflichtet, sich nach Wirksamwerden der Kündigung noch fünf Jahre an dem Schuldendienst für getätigte Investitionen und Personalkosten seinem Anteil entsprechend zu beteiligen.

Zwar wird durch diesen Passus in der ÖRV die Stadt Kamen sich finanziell noch beteiligen müssen, aber eine Ende wäre absehbar. Darüber hinaus sind Ausstrahlungswirkungen auf die derzeitige Beschulung von Kindern in der Förderschule „Sonnenschule“ zu prüfen.

Infolge einer Kündigung der Aufhebung der ÖRV über die Fortführung einer Schule für Erziehungshilfe sind gleichzeitig Verhandlungen mit der Gemeinde Bönen aufzunehmen. Diese Verhandlungen sollten aus unserer Sicht zum Ziel haben, dass die SchülerInnen, die derzeit aus Bönen Angebote der „Schule E“ bzw. der Förderschule für Sprache im Primarbereich in Anspruch nehmen, ebenfalls künftig in Kamen beschult werden.

Mit freundlichem Gruß



Ina Scharrenbach

Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kamen